

A stylized map of France composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are colored red, highlighting specific regions or points of interest on the map.

# Marine Le Pen und das Comeback der rechtsradikalen Front National vor den Präsidentschaftswahlen 2012

**PETER GEY**  
August 2011

- Der rechtsradikalen Partei Front National (FN) ist es gelungen, ihren mit den Präsidentschaftswahlen 2007 begonnenen Niedergang aufzuhalten und ab 2010 in der Wählergunst wieder deutlich zuzulegen. Die Aussichten für die FN-Vorsitzende Marine Le Pen, im Mai 2012 die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen zu erreichen, sind zumindest nicht schlechter als die ihrer Rivalen aus den Reihen der Regierungspartei und der oppositionellen Parti Socialiste (PS). Damit haben Amtsinhaber Nicolas Sarkozy und der noch zu bestimmende Kandidat der PS ebenso wie die Befürworter der europäischen Gemeinschaftswährung ein Problem.



## Vom Fast-Bankrott zum Stimmungshoch

Der Schock vom 21. April 2002, als der Vorsitzende der Front National Jean-Marie Le Pen mit 17,9% der Stimmen an dem Vorsitzenden der Parti Socialiste und Premierminister Lionel Jospin (16,2%) vorbei in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen zog, wo er Amtsinhaber Jacques Chirac freilich mit 82 zu 18% unterlag, wiederholte sich nicht. Bei den Präsidentschaftswahlen im April 2007 erreicht er nur 10,4%, und seine Partei fährt bei den folgenden Parlamentswahlen im Juni 2007 mit 4,3% der Stimmen ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis ein. In der Folge verliert die Front National politisch massiv an Präsenz und gerät finanziell in erhebliche Schwierigkeiten.

Mitte 2009 beginnt sich das Blatt zu wenden. Bei den Europawahlen im Juni verliert die FN mit nur 6,3% der Stimmen zwar erheblich gegenüber 2004 (9,8%). Aber es gelingt der Vizepräsidentin der Partei Marine Le Pen, mit 10,2% der Stimmen in ihrem Wahlkreis erneut ins Europa-Parlament gewählt zu werden. Bei den Regionalwahlen im März 2010 überstehen die Kandidaten der FN in zwölf von 26 Regionen mit durchschnittlich 15,1% die erste Runde und verbessern dieses Ergebnis in der zweiten Runde noch um 2,7% auf 17,8%. Vorläufiger Höhepunkt des Wiederaufstiegs der FN sind die Kantonalwahlen im März 2011. Hier erreicht die FN landesweit erstmals 15% der Stimmen und ihre Kandidaten gelangen in 396 Kantonen (insgesamt: 1.566) in die zweite Runde. In diesen Kantonen steigern sie ihr Ergebnis von durchschnittlich 24,8% in der ersten Runde auf 35,7%. Im Abstand von einer Woche ist es ihnen damit gelungen, fast ein Drittel oder rund 900.000 Stimmen hinzuzugewinnen.

Parallel zu den Wahlerfolgen der FN gewinnt Marine Le Pen, die im Januar 2011 ihren Vater als Parteivorsitzenden ablöst, an Popularität. Zwischen Mitte 2009 und März 2011 steigen ihre Sympathiewerte von rund 20 auf 35%. Ebenfalls im März schreckt die Tageszeitung »Le Parisien« die Öffentlichkeit und das politische Establishment mit den Ergebnissen einer Meinungsumfrage auf, denen zufolge Marine Le Pen bei den Wählerinnen und Wählern erstmals vorne liegt: Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 käme sie demnach auf 23% der Stimmen, während Präsident Nicolas Sarkozy und die Vorsitzende der Parti Socialiste Martine Aubry jeweils nur 21% Zustimmung erhielten.

Bis zu Beginn der Sommerpause fällt Marine Le Pen in den Meinungsumfragen zwar etwas zurück, doch hält sich die Wahlprojektion für sie stabil um die 20%. Das sind immerhin ein doppelt so hoher Stimmanteil, wie Jean-Marie Le Pen bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2007 erreicht hat. Woher kommen die befragten Wahlberechtigten, die das Wählerpotential der FN so stark vergrößern?

## Enttäuschte Sarkozy-Wähler und neue Wählerschichten: Ist die FN auf dem Weg zur Volkspartei?

Um die Wählerwanderung der letzten Jahre nachzuvollziehen, haben Jérôme Fourquet und Damien Philippot vom Meinungsforschungsinstitut Ifo (Institut français d'opinion publique) die Ergebnisse aller Wahlen auf regionaler, kantonaler und kommunaler Ebene seit der Präsidentschaftswahl 2007 sowie die Umfrageergebnisse für Marine Le Pen zwischen Juni 2010 und April 2011 untersucht. Dabei stellten sie fest, dass einerseits Stammwähler, die 2007 für den Kandidaten der Rechtsparteien Nicolas Sarkozy gestimmt hatten, nun wieder zur FN zurückkehren, sich andererseits aber auch neue Wählerschichten der FN zuwenden.

Im Wahlkampf 2007 hatte Nicolas Sarkozy auf Kernthemen der Front National wie öffentliche Sicherheit, Einwanderung und nationale Identität gesetzt und war damit tief in die Wählerschaft der Rechtsradikalen eingedrungen. 38% derjenigen Wähler, die 2002 Le Pen gewählt hatten, stimmten fünf Jahre später für Sarkozy. Halten konnte er diese Wählergruppen nicht. Die Meinungsumfragen vom Frühjahr 2011 lassen vielmehr erkennen, dass es Marine Le Pen gelang, die Wählerwanderung umzukehren und ihrerseits zwischen 15 und 20% der einstigen Sarkozy-Wähler von 2007 für sich zu gewinnen.

Wie Tabelle 1 zeigt, findet Marine Le Pen unter abhängig Beschäftigten den mit Abstand stärksten Zuspruch. Im April 2011 erklären 28% der befragten Angestellten und 42% der Arbeiter, bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr für die Vorsitzende der FN zu stimmen.

Dabei ist der Anteil der Angestellten und Arbeiter, die für Marine Le Pen eingestellt sind, im stark von Unternehmensabwanderung und Arbeitsplatzverlust betroffenen



Tabelle 1: Beabsichtigte Stimmabgabe für Marine Le Pen zwischen Juni-Oktober 2010 und April 2011 (Durchschnittswerte in Prozent)

	Juni bis Oktober 2010	Februar bis März 2011	April 2011	Veränderung in Prozentpunkten
<b>Wahlberechtigte insges. darunter:</b>	13,5	21	20,5	+7
Männer	13	21,5	23	+10
Frauen	14	20,5	18	+4
<b>Altersgruppen</b>				
18-24	9,5	11,5	16	+6,5
25-34	20	25	24	+4
35-49	16	29,5	28	+12
50-64	14,5	22	20	+5,5
65 und älter	7	12	12	+5
Handwerker und Händler	13,5	21	19	+5,5
Freiberufler und Führungskräfte	6,5	12	14	+7,5
Mittlere Angestellte	19	16	14	-5
Angestellte	18,5	34,5	28	+9,5
Arbeiter	25,5	37,5	42	+16,5
Rentner	9	13,5	13	+4
Sonstige *)	2	13,5	17	+15

\*) Militärangehörige, Schüler und Studenten (über 15 J.), Erwerbslose (ohne Rentner)  
 Quelle: J. Fourquet u. D. Philippot, 2007-2011: le retour du Front National, Paris 2011, S. 14

Tabelle 2: Beabsichtigte Stimmabgabe für MLP unter Arbeitern und Angestellten in West- und Ostfrankreich im April 2011

	Frankreich	Westfrankreich	Ostfrankreich	Differenz
Angestellte	28	21	34	+13
Arbeiter	42	36	46	+10

Quelle: ebenda, S. 16

und traditionell konservativen Osten Frankreichs deutlich höher als im Westen. Dort sind jeder dritte Angestellte und fast die Hälfte der Arbeiter potentielle FN-Wähler (siehe Tabelle 2).

Zudem kann Marine le Pen heute auch in Berufsgruppen punkten, deren Angehörige die FN früher fast durchweg ablehnten. Bei Freiberuflern und Führungskräften stieg ihr Potential innerhalb von weniger als einem Jahr um mehr als das Doppelte von 6,5 auf 14%. Dabei sind es nicht die Älteren, die sich am stärksten für sie ausspre-

chen, sondern die mittleren Jahrgänge der 25- bis 49-jährigen (siehe Tab. 1).

Statt Skinheads und Uniformträger:  
 »Die Jungs von der Marine«

Die jüngsten Erfolge bei Wahlen und Umfragen verdankt die FN in erster Linie ihrer populären Parteivorsitzenden. Marine Le Pen, 43 Jahre alt, Anwältin, Mutter dreier Kinder, zweifach geschieden, ist das »neue Gesicht« der Rechtsradikalen. Ungekünstelt und volksnah spricht sie

die Sorgen von Frauen und Jugendlichen, von Absteigern und Ausgeschlossenen an. Anders als ihr Vater und Parteigründer Jean-Marie Le Pen leugnet sie den Holocaust nicht und hetzt nicht gegen Juden; sie befürwortet Abtreibungen und toleriert gleichgeschlechtliche Beziehungen. Mit ihren Attacken gegen Moslems steht sie ihrem Vater allerdings wenig nach, wenngleich sie z. B. in ihrer Kritik an Freitagsgebeten auf öffentlichen Straßen und Plätzen laizistisch argumentiert.

Marine Le Pen drängt ihre Partei dorthin, wo sie selber wahrgenommen werden möchte und in erheblichem Maße auch schon wahrgenommen wird, nämlich vom äußersten rechten Rand zur politischen Mitte. In diesem Sinne inszeniert sie auch die öffentlichen Auftritte ihrer Partei. Augenscheinlich wurde dies auf der diesjährigen 1. Mai-Veranstaltung in Paris, die die FN traditionell zu Ehren der französischen Nationalheiligen Jeanne d'Arc durchführt. Die Ortsverbände der Partei waren angewiesen, Skinheads von dem Aufmarsch fernzuhalten. Statt Glatzen und Uniformen prägten ein Meer von blauen Fahnen mit dem Schriftzug »Liberté« und blaue T-Shirts mit den Worten »France, Marine, Liberté« das Bild. Dazu passt, dass im Online-Shop der FN gegenwärtig nur ein unverfänglicher Artikel erhältlich ist, nämlich ein T-Shirt, auf dem geschrieben steht »Les gars de la Marine« – die Jungs von der Marine.

Aber es geht Marine Le Pen nicht nur darum, dass das Erscheinungsbild ihrer Partei sich nicht grundsätzlich von jenem der herkömmlichen Parteien unterscheidet. Die FN soll auch politisch von einer Nischen- und Protestpartei zu einer »normalen« Partei werden, die auf allen Ebenen des Staates an der politischen Auseinandersetzung um die Macht teilnimmt.

#### Aus dem Schatten Jean-Marie Le Pens zur Tradition Victor Schoelchers und Charles de Gaulles?

Eine offene Frage ist, wie weit ihr der äußerste rechte Parteiflügel bei dieser Modernisierung oder, wie sie es selber nennt, »Entdämonisierung« der FN in der öffentlichen Meinung folgt. Bei ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden im Januar 2011 sprachen sich immerhin rund ein Drittel der 23.000 Parteimitglieder, die schriftlich befragt worden waren, für ihren rund zwanzig Jahre älteren Widersacher Bruno Gollnisch aus.

Entscheidend dürfte in dieser innerparteilichen Auseinandersetzung sein, welches Ergebnis Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 2012 erzielt. Einer kürzlich von »Opinionway« durchgeführten Meinungsumfrage zufolge wünschen sich 86 % ihrer potentiellen Wähler, dass sie in den Elysée-Palast einzieht. Von den Wählern ihres Vaters wollten dies nur knapp 53 %.

Unter diesen Umständen wartet Marine Le Pen erst gar nicht ab, bis sich in dieser oder jener Frage in der Partei ein Konsens zu ihren Gunsten herausgebildet hat, sondern sie wendet sich in Interviews und öffentlichen Auftritten direkt an ihre möglichen Wählerinnen und Wähler. Ihre Rede auf der Veranstaltung am 1. Mai war eine solche Gelegenheit. Dort beklagte sie, zunächst ganz im Sinne auch der äußersten Rechten, die »Konfisizierung« der Freiheit Frankreichs durch die Europäische Union und internationale Institutionen. Sie ging so weit, dass sie die politischen Lager Frankreichs in »Widerstandskämpfer« (résistants) und »Kollaborateure« (collabos) unterschied. Mit ersteren meinte sie die Anhänger der FN, mit letzteren »rechte und linke Regierungen«, »selbsternannte Eliten« und »euromaniaques«. Sich selber stellte sie in Kontinuität von Victor Schoelcher, dem Initiator des Dekrets von 1848 zur Abschaffung der Sklaverei in Frankreich und seinen Kolonien, und Charles de Gaulle. Die Kollaboration mit den deutschen Besatzern bezeichnete sie als »unwürdig« (indigne).

Die Hardliner in der FN hatten zuvor schon ertragen müssen, dass Gesinnungsfreunde, die sich mit Hitlergruß zeigten, aus der Partei geworfen wurden. Dass sich ihre Vorsitzende nun in die Tradition des Führers des Widerstandes des Freien Frankreichs gegen die deutsche Besatzung einreicht und die Zusammenarbeit mit dem Nazi-Regime verurteilt, dürfte für sie ungeheuerlich sein. Ob es darüber zu einer erneuten Spaltung der Partei kommt, und ob Marine Le Pen überhaupt gewillt ist, diese zu vermeiden, wird sich zeigen.

#### Im Zentrum des Wahlkampfs der FN 2011/2012: Nein zum Euro und einem europäischem Föderalismus

Im Laufe dieses Sommers spitzt sich die Verschuldungskrise im Euro-Raum dramatisch zu. Ebenso wie Staatspräsident Sarkozy, der am 10. August seinen Premierminister, einige Minister und den Zentralbankgouverneur

zu einer Sitzung zur Wirtschafts- und Finanzkrise in den Elysée-Palast ruft, unterbricht auch Marine Le Pen ihren Sommerurlaub, um am 11. August eine Pressekonferenz zur Krise zu geben. Dort stellt sie ein 9½-seitiges Papier vor, in dem sie ihre Sicht auf die Probleme und Aussichten der Gemeinschaftswährung und Europas zusammenfasst (siehe: <http://www.frontnational.com/?p=7240#more-7240>).

Auf der Pressekonferenz erinnert sie an ihre bereits früher geäußerte Warnung vor der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung. Der Euro könne keinen Bestand haben, weil die europäischen Staaten und Völker zu verschieden seien, Frankreich sei nicht Kansas, Deutschland nicht Florida. Die Verschuldungskrise in den Vereinigten Staaten von Amerika nehme den Anhängern einer Europäischen Union ihr wichtigstes Argument, nur ein möglichst großes Europa könne in der Welt bestehen, aus der Hand. Im Gegenteil, so Le Pen, Länder wie Dänemark, Schweden oder die Schweiz stünden weitaus besser da als Frankreich, das Mitglied der Euro-Zone sei.

Den französischen Konservativen und Sozialisten wirft sie vor, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank und internationalen Organisationen gegen die Interessen Frankreichs und Europas zu arbeiten. Gemeinsam folgten sie der Ideologie des Ultraliberalismus, der Globalisierung, der Unterwerfung des Menschen unter die Ökonomie und der hysterischen Suche nach maximalem Profit. Dabei gäben sie den gesunden Menschenverstand und die Realwirtschaft zugunsten des internationalen Kapitals, der Banken und Superreichen zum Schaden der Menschen auf. Diese Ideologie laufe darauf hinaus, den Euro um jeden Preis zu retten. Der Versuch, die Gemeinschaftswährung zu erhalten, indem aus der Euro-Zone ein gemeinsamer Staat gebildet werde, wo die reichen Teilstaaten wie Frankreich die Schulden der armen Länder begleichen, werde zu einer Katastrophe, zu allgemeinem Ruin und letztlich zu einem Krieg führen.

Man mag dieser Argumentation ganz, teilweise oder gar nicht folgen. Rechtsradikal ist sie sicher nicht. Mittlerweile argumentieren weltweit zahlreiche Wissenschaftler und Banker, Politiker und Journalisten über weite Strecken ähnlich, ohne im Verdacht zu stehen, Anhänger von Marine Le Pen zu sein.

Anders sieht die Sache aus, wenn Marine Le Pen erklärt, wie man die hohe Verschuldung Frankreichs abbauen

könne, ohne dass dies, wie es in den Plänen der Rechten und Sozialisten beabsichtigt sei, mit »Schweiß und Tränen« für die einfachen Leute einhergehe. Da holt sie aus der Trickkiste des Populismus vermeintlich einfache und klare Lösungen hervor, die Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit jedoch kaum stärken dürften, sollten sie je zum Einsatz kommen. So verlangt sie unter anderem die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, die Rückkehr zur gleitenden Lohnskala (d. h. einer an die Inflation gekoppelten Lohnentwicklung) und zum Edelmetallstandard im internationalen Währungssystem sowie eine höhere Besteuerung der Großunternehmen und fiskalische Entlastung der Klein- und Mittelunternehmen und den sofortigen Rückzug französischer Truppen aus den kostspieligen Einsätzen in Afghanistan und Libyen.

Populistische Politik kommt schnell an ihre Grenzen, wenn sie umgesetzt werden soll. Aber darauf kommt es hier nicht an, weil die Chancen für Marine Le Pen, in den Elysée-Palast einzuziehen, im französischen Wahlsystem ohnehin gleich Null sind. Für sie ist vielmehr entscheidend, die FN als die einzige politische Kraft Frankreichs zu positionieren, die gegen den Erhalt der Gemeinschaftswährung und gegen die Schaffung eines europäischen Bunde staates gerichtet ist.

### Ausblick auf die Präsidentschaftswahlen 2012 und die europäische Gemeinschaftswährung

Aufgrund des Mehrheitswahlrechtes haben es kleine Parteien in Frankreich ausgesprochen schwer, Mandate für die Nationalversammlung zu gewinnen. In der laufenden Legislaturperiode ist die FN mit keinem Abgeordneten im Parlament vertreten und nimmt damit auch nicht an der parlamentarischen Meinungs- und Entscheidungsfindung teil. Den Ausgang der Präsidentschaftswahlen und damit die politische Richtung des Landes für die kommenden fünf Jahre kann die FN jedoch erheblich beeinflussen. 2002 musste dies der sozialistische Kandidat Lionel Jospin schmerzhaft erfahren, als er gegen Jean-Marie Le Pen in der ersten Runde unterlag. 2012 aber ist nicht nur die Kandidatin oder der Kandidat der PS erneut gefährdet, gegen die FN den Kürzeren zu ziehen. Auch Nicolas Sarkozy als der voraussichtliche Bewerber des konservativen Regierungslagers muss sich vor Marine Le Pen vorsehen.



Die französische Regierung muss dringend die Staatsausgaben deutlich verringern, um die Neuverschuldung von rund sieben Prozent in diesem Jahr wieder auf die im Maastricht-Vertrag vorgeschriebene Defizitgrenze von drei Prozent zurückzuführen. Schmerzhaftes Einschnitte etwa bei den Sozialausgaben und wirksame Strukturformen sind in einem Wahljahr aber kaum zu erwarten. Sie sind vor allem dann unwahrscheinlich, wenn sich die Wählerschichten von Regierungs- und Oppositionsparteien in erheblichem Umfang überlappen. Gerade dies aber ist bei den potentiellen Wählerinnen und Wählern von Nicolas Sarkozy und Marine Le Pen der Fall.

Damit ist der Bestand der europäischen Gemeinschaftswährung ernsthaft gefährdet. Sollte Frankreich mit den notwendigen Anstrengungen, seinen Schuldenberg abzubauen, erst nach den Präsidentschaftswahlen und der Sommerpause 2012 beginnen, dürfte das AAA-Rating seiner Bonität kaum zu halten sein. Die Transferzahlungen an die überschuldeten Peripherieländer der Eurozone müsste Deutschland dann alleine tragen, was eher unwahrscheinlich ist. Auch Maßnahmen zur Rettung des Euro, die für Frankreich mit weiteren finanziellen Verpflichtungen in erheblichem Umfang verbunden wären, dürften mit Sarkozy bis zu den Wahlen nicht mehr zu machen sein. Eurobonds wird es daher sehr wahrscheinlich nicht geben, auch wenn die Diskussion über deren Vor- und Nachteile noch eine Weile weitergehen dürfte.

Das Kopf-an-Kopf-Rennen mit seinen Rivalen von FN und PS stellt Sarkozy vor ein Problem: Entweder er gefährdet seine Wiederwahl oder die Gemeinschaftswährung. Sollte der amtierende Präsident die erste Runde der Präsidentschaftswahl nicht überstehen, käme es zur Entscheidung zwischen Marine Le Pen und dem Kandidaten der PS. Dann wäre der nächste Präsident Frankreichs seit François Mitterrand (1981–1995) wieder ein Sozialist.

## Zum Weiterlesen

**Montebourg, Arnaud/Ferrand, Olivier** (2011): Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2012. Offene Vorwahlen der Parti Socialiste eröffnen ein neues demokratisches Zeitalter, <http://library.fes.de/pdf-files/id/07757.pdf>



#### Über den Autor:

**Dr. Dr. Peter Gey** ist Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

#### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Referat Westeuropa/Nordamerika |  
Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:  
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/  
Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249  
[www.fes.de/international/wil](http://www.fes.de/international/wil) | <http://www.fesdc.org>

Bestellungen/Kontakt hier:  
Email: [ID-INFO-WENA@fes.de](mailto:ID-INFO-WENA@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-869-9